



## **Vergabeunterlagen, Teil 2**

**Teilnahmeantrag und Formblätter**

**Auftraggeberin:**

**Stiftung Jüdisches Museum Berlin**

Lindenstr. 9–14

10969 Berlin

**Vergabe einer freiberuflichen Leistung gem. § 50 UVgO:**

**Rahmenvertrag (EVB-IT Dienstvertrag) mit Drupal-Entwickler\*in für das Jüdische Museum Berlin**

**JMB 188 / 2025**

<b>Ablauf der Teilnahmefrist: 12.01.2026, 09.00 Uhr</b>
---

## **Formblatt 1:**

### **Anschreiben Teilnahmeantrag**

**Hinweis:** Vom Bewerber auszufüllen und einzureichen.

Name des Bewerbers:

Rechtsform des Bewerbers:

Anschrift des Bewerbers:

An  
**Stiftung Jüdisches Museum Berlin**

Lindenstr. 9–14  
10969 Berlin

**- Einzureichen über die e-Vergabe-Plattform -**

, den

**Projekt:** Rahmenvertrag (EVB-IT Dienstvertrag) mit Drupal-Entwickler\*in für das Jüdische Museum Berlin  
**Hier:** Teilnahmeantrag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wir geben hiermit einen Teilnahmeantrag im o.g. Verfahren ab.  
Wir erklären:

1. Unseren Teilnahmeantrag haben wir auf der Grundlage der vollständig erhaltenen Vergabeunterlagen (Teile 1 bis 3) erstellt. Wir haben die Vergabeunterlagen geprüft und sind in der Lage, die Anforderungen an den Teilnahmeantrag mit der erforderlichen Genauigkeit zu beurteilen.
2. Wir sichern zu, dass unser Teilnahmeantrag die Vorgaben der Vergabeunterlagen vollständig erfüllt. Sollte unser Antrag insoweit missverständlich, unvollständig, widersprüchlich oder unklar sein, gilt die Auslegung, nach der die Anforderungen und Mindestanforderungen erfüllt sind.
3. Wir sind mit der Verarbeitung und Speicherung der von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten einverstanden, soweit dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.
4. Uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können.
5. Wir verpflichten uns, jede Änderung in Bezug auf die Angaben in den eingereichten Unterlagen, Nachweisen, Angaben oder Erklärungen rechtzeitig und unverzüglich mitzuteilen. Etwaige Rückfragen werden wir unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist, beantworten.
6. Für das gesamte Vergabeverfahren und die Phase der Leistungserbringung benennen wir folgenden Mitarbeiter als Ansprechperson, der unter den genannten Kontaktdaten erreichbar ist sowie insbesondere Mitteilungen und Hinweise entgegennimmt und hierfür von uns ordnungsgemäß bevollmächtigt ist:

Herr/Frau:	
Funktion:	
Tel.:	
E-Mail:	

Für den Fall, dass der genannte Mitarbeiter unvorhergesehen nicht erreichbar ist, teilen wir Ihnen unaufgefordert unverzüglich die Kontaktdaten eines Stellvertreters mit.

Wir geben hiermit folgende Unterlagen ab (Inhaltsverzeichnis/Checkliste)

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

(x)	Formblatt Nummer	Dokument	Hinweis
<input type="checkbox"/>	Formblatt 1	Anschreiben Teilnahmeantrag	Bitte ausfüllen und einreichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 2	Erklärung zur Tariftreue / Mindestlohn und zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB und Erklärung zu Sanktionen gem. § 5 k Abs. 3 VO (EU) 2022/576 v. 08.04.2022	Bitte ausfüllen und einreichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 3	Gesamt- und abschließende Erklärung	Bitte ausfüllen und einreichen

Bitte reichen Sie zusätzlich folgende eignungsrelevanten Teilnahmeunterlagen ein:

- **Kurzdarstellung** des Bewerbers mit Angaben zur relevanten Berufserfahrung und zu den fachlichen Qualifikationen
- **Dokumentation (max. 3 Seiten pro Projekt) zu zwei Referenzprojekten mit Fokus auf:**
  - **Beschreibung des Projekts** (Ziel, Umfang, Technologien)
  - **Rolle und Verantwortlichkeiten**
  - **Herausforderungen und Problemstellungen** (z.B. technische Komplexität, Barrierefreiheit, Datenschutz, Performance)
  - **Lösungswege** (ggf. auch verworfene) und **Ergebnisse**

*In den einzureichenden Unterlagen sollen zwei Referenzprojekte exemplarisch vorgestellt werden, von denen mindestens eins eine Auseinandersetzung mit den Anforderungen der BITV 2.0 beinhalten sollte.*

## Formblatt 2:

**Erklärung zur Tariftreue/Mindestlohn, zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB und Erklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022.**

**Hinweis:** Vom Bewerber einzureichen.

Bitte Zutreffendes ausfüllen:

Name des Bewerbers:

**1) Erklärung zur Tariftreue/Mindestlohn, zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB**

Hiermit erkläre ich / erklären wir für unser Unternehmen, dass

1. die Verpflichtung zur Tariftreue / zur Mindestlohngewährung eingehalten wird,
2. kein Ausschlussgrund des § 124 GWB erfüllt, insbesondere keiner der Tatbestände des § 124 GWB verwirklicht ist,
3. keine Person, deren Verhalten der unserem Unternehmen zuzuordnen ist, wegen eines der insbesondere in § 123 GWB genannten Tatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist und gegen das Unternehmen aufgrund der vorgenannten Tatbestände keine Geldbuße gem. § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist und
4. kein Ausschlussgrund des § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) erfüllt und infolgedessen mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

Uns / dem Unternehmen ist bewusst, dass

- wir / es im Falle des Vorliegens von Ausschlussgründen gem. § 123 GWB und § 124 GWB die Möglichkeit haben / hat, die Eignung nach Maßgabe insbesondere des § 125 (Selbstreinigung) nachzuweisen und es dem Unternehmen obliegt, die dafür erforderlichen Erklärungen abzugeben und Nachweise beizubringen,
- vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Vergabeverfahren den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

**Erklärung zu Gründen für den Nichtausschluss und Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 Abs. 2 GWB:**

Falls zutreffend, bitte ankreuzen (x)	
<input type="checkbox"/>	Ich kann eine oder mehrere der vorstehend geforderten Erklärungen nicht abgeben. Das Unternehmen ist gleichwohl aus folgenden Gründen bzw. auf Grund folgender Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 Abs. 1 GWB nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren auszuschließen (ggf. zusätzliches Blatt verwenden)

## 2) Erklärung zu Sanktionen gem. § 5 k Abs. 3 VO (EU) 2022/576 v. 08.04.2022

Hiermit erkläre ich / erklären wir für unser Unternehmen zudem,

1. dass ich / wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:
  - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. dass am Auftrag und auch während der Vertragslaufzeit keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).
3. Ich/Wir bestätige/n und stelle/n sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

### Bei Erfüllung eines Ausnahmetatbestands gemäß Art. 5 k Abs. 2 Verordnung (EU) 2022/576

Die Beauftragung ist aufgrund einer der in Artikel 5 k Absatz der Verordnung (EU) 2022/576 ausnahmsweise zulässig und zwar aus folgendem Grund (bitte ggf. Angabe machen):

**Sollten sich meine Verhältnisse nach Abgabe dieser Erklärung ändern, werde ich dies sofort im laufenden Vergabeverfahren und noch vor Zuschlagserteilung mitteilen.**

**Nachweisführung:** Zur Führung des Nachweises, dass die vorstehend aufgeführten Anforderungen erfüllt sind, genügt grundsätzlich die Eigenerklärung gemäß diesem Formblatt und die rechtsverbindliche Unterzeichnung am Ende dieses Formblatts, wenn nicht besondere Erklärungen und Nachweise gefordert sind.

**Hinweis:** Bei unzutreffenden und/oder pflichtwidrig unterlassenen Eigenerklärungen kann der Bieter gem. § 124 Abs. 1 S. 8 bzw. S. 9 lit. c) GWB vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

(Vollständiger Name des / der Erklärenden, Funktion, Unternehmensbezeichnung)

Ort:	Datum:
------	--------

**Hinweis:** Wird der Teilnahmeantrag an den genannten Stellen nicht mit dem vollständigen Namen des / der Erklärenden versehen / eingereicht, wird der Bewerber zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Eine Unterschrift ist nicht erforderlich.

Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung - bis zum 10. Oktober 2022 - von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

## Formblatt 3:

### Gesamt- und abschließende Erklärung

**Hinweis:** Vom Bewerber auszufüllen und einzureichen.

Name des Bewerbers:

Hiermit wird die Richtigkeit der auf den vorstehenden **Formblättern 1 und 2** und auf den jeweils beigefügten Blättern gemachten Angaben bestätigt und auf dieser Grundlage ein Teilnahmeantrag abgegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass kein Anspruch auf die Erstellung eines Angebots besteht.

(Vollständiger Name des / der Erklärenden, Funktion, Unternehmensbezeichnung)

Ort:	Datum:
------	--------

**Hinweis:** Wird der Teilnahmeantrag an den genannten Stellen nicht mit dem vollständigen Namen des / der Erklärenden versehen / eingereicht, wird der Bewerber zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Eine Unterschrift ist nicht erforderlich.